

Das Ministerium für Staatssicherheit und das Innenministerium der Volksrepublik Polen 1974-1990: Grundriss einer konfliktreichen Beziehung

Jaskulowski, Tytus

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jaskulowski, T. (2014). Das Ministerium für Staatssicherheit und das Innenministerium der Volksrepublik Polen 1974-1990: Grundriss einer konfliktreichen Beziehung. *Totalitarismus und Demokratie*, 11(2), 267-278. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46641-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Das Ministerium für Staatssicherheit und das Innenministerium der Volksrepublik Polen 1974–1990 – Grundriss einer konfliktreichen Beziehung

Tytus Jaskułowski



Dr. Tytus Jaskułowski, geb. 1976 in Gdańsk. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden. Forschungsschwerpunkte: DDR-Zeitgeschichte, deutsch-polnische Beziehungen.

Abstract

The following contribution, thanks to new, previously inaccessible archive sources, presents a clearly differentiated picture of the mutual relationship of the MfS to the Polish Ministry of Interior (PMI) between 1974 and 1990. The Author means, that the PMI was no passive actor in this relationship and that the myth of a weak Polish intelligence service and strong East German one in Poland is false. Against the MfS, the PMI used the same instruments, methods, and means of defense (counter-measures) that the Stasi in the GDR used against Polish spying.

Die Kontakte zwischen den polnischen und deutschen Geheimdiensten sind, nicht nur in der Zeit des Staatssozialismus, eines der am wenigsten bekannten und am spärlichsten wissenschaftlich bearbeiteten Themen in der Geschichte beider Staaten.¹ Mehr noch, trotz der immer zugänglicher werdenden Archiv-

-
- 1 Zu den wichtigsten gehören: Włodzimierz Borodziej/Jerzy Kochanowski/Bernd Schäfer, Grenzen der Freundschaft. Zur Kooperation der Sicherheitsorgane der DDR und der Volksrepublik Polen zwischen 1956 und 1989, Dresden 2000; Monika Tantzsch, „Wir fangen an, neue gute Traditionen in der Zusammenarbeit zu schaffen“ – Über die geheimdienstlichen Beziehungen der DDR zu Polen im Spiegel der MfS-Akten. In: Basil Kerski/Andrzej Kotula/Kazimierz Wóycicki (Hg.), Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949–1990, Osnabrück 2003, S. 89–119; Monika Tantzsch, Die Stasi und ihre geheimen Brüder. Die internationale geheimdienstliche Kooperation des MfS. In: Heiner Timmermann (Hg.), Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR, Berlin 1996, S. 595–621; Piotr Łysakowski, Współpraca Stasi i SB w latach 1950–1989. Wstęp do dyskusji nad problemem. In: Rocznik Polsko-Niemiecki, 20 (2012), S. 122–137; Jerzy Kochanowski, Die Beziehungen zwischen ostdeutscher Stasi und polnischen Geheimdiens-

bestände dominiert in den wenigen bis heute veröffentlichten Werken und Studien, vor allem in der polnischen Forschung,² ein durch die politische Publizistik der 1990er Jahre geprägtes Bild jener Kontakte.³ Seinen Kern bilden drei Elemente: Die angeblich großen operativen Möglichkeiten der Staatssicherheit in der Volksrepublik Polen wurden dem angeblich schwachen polnischen Innenministerium (MSW) gegenübergestellt, das keine offensive Anstrengung gegen die DDR unternommen und trotz der aggressiven Schritte des MfS in Polen mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet habe.⁴ Entspricht aber dieses Bild der Wahrheit, wenn man weiß, welche Dimension die politischen Konflikte zwischen beiden Staaten in den 1970er und 1980er Jahren erreicht hatten?⁵ Zwar trat in dieser Zeit das erste und gleichzeitig letzte Abkommen über die Beziehungen der jeweiligen Sicherheitsressorts (1974) in Kraft, doch trug es nicht dazu bei, etwa die bilateralen Auseinandersetzungen über die Grenzlinie beizulegen, der Unterstützung der ultrakonservativen Kräfte in der polnischen Staatspartei, die gegen die damalige Staats- und Parteiführung in der Volksrepublik Polen agierten, seitens der SED ein Ende zu setzen oder die Entschlossenheit Erich Honeckers zu mildern, sich für die Militärintervention des Warschauer Paktes 1981 in Polen einzusetzen.⁶ Kann man außerdem überhaupt von einer geheimdienstlichen Zusammenarbeit sprechen, wenn etwa die theoretischen Grundlagen der geheimdienstlichen Arbeit jene Situation prinzipiell ausschließen?⁷ Die 2013 abgeschlossenen und 2014 im Rahmen einer Monographie vorgestellten neuen Untersuchungsergebnisse des Verfassers dieses Beitrages zeigen eine völlig andere Seite des bilateralen Verhältnisses zwischen den Geheimdiensten Volkspolens und der DDR.⁸

ten. In: Wolfgang Mueller/Michael Portmann, Osteuropa vom Weltkrieg zur Wende, Wien 2007, S. 341–348; Monika Tantzsch, „Die Feinde des Sozialismus haben alle auf einem Sofa Platz“. Die geheimdienstlichen Beziehungen der DDR zur Volksrepublik Polen. In: Deutschland Archiv, 2 (2001), S. 218–234; Monika Tantzsch, Grupy operacyjne Stasi w krajach bloku wschodniego. In: Pamięć i Sprawiedliwość, (2006) 1, S. 43–61.

2 Włodzimierz Borodziej/Jerzy Kochanowski (Hg.), PRL w oczach STASI, Tom II, Warszawa 1996; Krzysztof Jagiełło, Stasi a Solidarność między sierpniem 1980 a lipcem 1983 r., Wrocław 2007.

3 Vgl. Uszy Honeckera, Polacy w Stasi. In: Wprost vom 8.2.1998, S. 30.

4 Vgl. Włodzimierz Borodziej, Ministerstwo Bezpieczeństwa Państwa NRD wobec PRL. Wstępny zarys problematyki, In: Polska-Niemcy-Europa. Księga Jubileuszowa z okazji siedemdziesiątej rocznicy urodzin Profesora Jerzego Holzera, Warszawa 2000, S. 99–121, hier 113.

5 Vgl. Burkhard Olschowsky, Stosunki państwowe między NRD a PRL w latach 1949–1990. In: Kerski/Kotula/Wóycicki (Hg.), Zwangsverordnete Freundschaft?, S. 57.

6 Vgl. Burkhard Olschowsky, Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen 1980–1989, Osnabrück 2005, S. 153.

7 Vgl. Martin Alexander (Hg.), Knowing your Friends, Intelligence Inside the Alliances and Coalitions from 1914 to the Cold War, London 1998, S. 8.

8 Tytus Jaskułowski, Przyjaźń, której nie było. Ministerstwo Bezpieczeństwa Państwowego NRD wobec MSW 1974–1990, Warszawa 2014.

Die wichtigsten Ursachen des konfliktreichen Verhältnisses beider Sicherheitsministerien lagen Jahrzehnte vor dem Abschluss der Grundsatzvereinbarung von 1974. Sie sollten alle Hauptmerkmale dieses Verhältnisses bestimmen. Der ostdeutsche Geheimdienst entwickelte und konsolidierte sich bis zu jenem Jahr und auch danach logistisch und personell rasant,⁹ das polnische Innenministerium hingegen nicht – eine Folge der vier Aufstände (Poznań 1956, Warschau März 1968, Danzig Dezember 1970, Radom und Ursus 1976), der Entstalinisierung 1956, des Kriegsrechts 1981 und der internen innenpolitischen Kämpfe, insbesondere ab August 1980.¹⁰ Dies führte zur Instrumentalisierung der auswärtigen Beziehungen des Innenministeriums durch die polnische Parteiführung, insbesondere mit der DDR. Die VR Polen wollte vor allem in der Amtszeit des Parteisekretärs Gomułka eine von der DDR unabhängige Deutschlandpolitik betreiben, auch im geheimdienstlichen Bereich. Dies musste zwangsläufig die Beziehungen zwischen Gomułka und Ulbricht markant belasten. Hinzu kamen die kriegsbedingten Stereotype, die dazu führten, dass das MfS in Polen mit Vorsicht betrachtet wurde. Die offizielle Propaganda war schließlich antideutsch. Außerdem war die polnische Seite auch deshalb misstrauisch, weil man Angst hatte, dass sich die beiden deutschen Staaten mit der Sowjetunion über die Wiedervereinigung verständigen könnten, und zwar zu Lasten Polens. Das MfS war demzufolge nur ein geduldeter Verbündeter, solange Gomułkas Idee, die Beziehungen mit der Bundesrepublik zu normalisieren, nicht verwirklicht war. Auf der operativen geheimdienstlichen Ebene konnte man also nur von einer beschränkten Kooperation sprechen, die von den alltäglichen Problemen, etwa im Zusammenhang mit den polnischen Werktätigen in der DDR, zusätzlich beeinflusst wurde. Den Stand der geheimdienstlichen Beziehungen verkörperten bis 1974 symbolisch: das Fehlen einer offiziellen MfS-Vertretung in Polen und einer Grundsatzvereinbarung sowie ein internes Schreiben der polnischen Residentur vom März 1958, das besagt, dass die Ostdeutschen faktisch keinesfalls über gute Möglichkeiten in der BRD verfügten und man deshalb die polnischen Agenten alleine, also ohne Hilfe seitens des MfS, in der Bundesrepublik platzieren müsse.¹¹

Welche Rolle spielte in diesem Kontext das Jahr 1974? Erstens versuchten die neuen Parteisekretäre, Honecker und Gierek, zumindest am Anfang ihrer Amtsperioden, die bilateralen Beziehungen neu zu gestalten. Die damit verbundenen Entscheidungen, etwa Erleichterungen im Grenzverkehr,¹² stellten für beide

9 Vgl. Roger Engelmann (Hg.), *Das MfS-Lexikon: Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR*, Berlin 2011, S. 138.

10 Vgl. Jerzy Morawski, *Złota afera*, Warszawa 2007, S. 30; Piotr Gontarczyk, *Raport z działalności Komisji powołanej do wyjaśnienia charakteru operacji kryptonim „Żelazo“*. In: *Glaukopis*, 7 (2006), S. 233–271, hier 233.

11 Vgl. Chiffrierte Mitteilung der polnischen Residentur nach Warschau vom 6.3.1958 (IPN BU 01062/43, Band 5, S. 88).

12 Vgl. Jerzy Kochanowski, *Socjologiczny zwiad po otwarciu granic PRL-NRD*. In: *Polski Przegląd Dyplomatyczny*, 2 (2001), S. 230–255, hier 234.

Geheimdienste neue Herausforderungen dar, ebenso der KSZE-Prozess oder, wie üblich, die Vertragsarbeiter. Die polnischen Beziehungen mit der Bundesrepublik entwickelten sich langsamer und weniger positiv, als man das in Warschau erwartet hatte, was Giereks Politik der Liberalisierung und wirtschaftlichen Öffnung erschwerte. Außerdem musste er dafür einige Konzessionen machen, etwa in Form von Bündnistreue zusichernden Kapiteln im neuen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion. Der Vertrag über die Zusammenarbeit des polnischen Innenministeriums mit der Staatssicherheit war im Grunde genommen nichts anderes als eine dieser Konzessionen.¹³ Propagandapolitisch gesehen war er zwar wichtig. Er konnte aber, wegen seines allgemeinen Charakters, keine relevanten Probleme zwischen den Geheimdiensten lösen. Kurz zuvor schloss das MfS übrigens einen ähnlichen Vertrag mit dem KGB.

Zwischen dem MfS und dem MSW sollte also der Eindruck entstehen: Auf der wichtigsten (jedenfalls aus der Sicht der kommunistischen Polizei beider Länder) Ebene im Staatssozialismus, der geheimdienstlichen, würden beide Ministerien dem Kommunismus treu bleiben. Faktisch aber waren beide Dienste nach wie vor keine Verbündeten, da vor allem in den 1970er Jahren beide Staaten um Kredite und westliche Hilfe für die eigenen maroden Volkswirtschaften kämpften. Paradoxe Weise änderte das Jahr 1980 daran gar nichts. Warum? Die polnischen Sicherheitsbehörden und Militärs hatten das Kriegerecht eingeführt, um die „Konterrevolution“ zu bekämpfen. Sie hatten also das getan, was das MfS sehen wollte. Die Staatssicherheit unterstützte den polnischen Dienst und vor allem die Streitkräfte bei der Vorbereitung des Kriegesrechts logistisch enorm.¹⁴ Deshalb verbesserten sich die Beziehungen auf der offiziellen Ebene bis 1985 spürbar. Plötzlich war es auch möglich, in Warschau eine MfS-Vertretung zu errichten. Die Stasipräsenz in Polen war also der Preis für die enorme materielle Hilfe seitens der DDR, etwa in Form von Kleidung, Treibstoff und Munition. Die operative Ebene der Kontakte sah hingegen wie vor 1974 aus. Nur war der Kampf gegeneinander jetzt noch stärker, und zwar wegen der ostdeutschen Aufklärung in Polen und der Tatsache, dass auch das MSW sich immer öfter mit der DDR beschäftigte. Der Tendenz der SED, die ultrakonservativen Kräfte in der polnischen Staatspartei zu unterstützen, musste jedoch von Jaruzelski ein Ende gesetzt werden. Das galt auch für die IM-Arbeit, obwohl aus politischen Gründen eine offene Konfrontation mit der DDR nicht in Frage kam. Zumindest nicht bis 1985. Gorbatschows neue Politik, äußerst positiv in der VRP und ebenso negativ in der SED-Führung wahrgenommen, führte dazu, dass die offiziellen geheimdienstlichen Beziehungen quantitativ immer beschränkter und qualitativ immer schlechter und technischer wurden.

13 Vgl. Jerzy Eisler, *Siedmiu wspañalych. Poczet pierwszych sekretarzy KC PZPR*, Warszawa 2014, S. 279.

14 Vgl. Anna Zechenter, *Towarzysz Atlas donosi ... Działania Stasi w PRL przeciwko Solidarności. Rola ambasady NRD w Warszawie*, Teil 2. In: *Arcana*, (2010) 92–93, S. 224–255, hier 254.

Wenn man die Hauptmerkmale des bilateralen Verhältnisses definiert, muss also zuerst über Misstrauen geredet werden. Das MfS und seine Vorgänger versuchten unmittelbar nach der Gründung, mit den polnischen Pendant zusammenzuarbeiten.¹⁵ Mehr noch, die internationale Kooperation war eines der wichtigsten Gebote des MfS, festgeschrieben auch in seinen Grundsatzdokumenten. Deswegen verhielten sich bereits die MfS-Vorgänger, die sog. K-5-Abteilungen, gegenüber dem polnischen Komitee für öffentliche Sicherheit¹⁶ durchaus loyal, auch weil sie bis 1950 nicht als gleichberechtigte Partner anerkannt wurden. Die K-5 stellten „den polnischen Freunden“ eigene Originalunterlagen, Ressourcen oder Mitarbeiter zur Verfügung,¹⁷ und zwar ohne jegliche Verzögerung. Gleichzeitig mussten sie erfahren, dass schon im Jahr 1947 Mitarbeiter, die im polnischen Auftrag in den westlichen Zonen Entführungen vorbereitet hatten und dabei verhaftet wurden, von der polnischen Seite nicht mit Unterstützung rechnen konnten.¹⁸ Wenn man sich dann noch vor Augen führt, dass die bilateralen Kontakte mit dem MfS von den polnischen Mitarbeitern benutzt wurden, um in den Westen zu fliehen, wie das etwa bei der bis heute umstrittenen Geschichte von Oberst Światło der Fall war, konnte dies das Verständnis für den Verbündeten nur belasten.

Das MfS lernte also sehr schnell, dass man vor allem den Freunden nicht trauen könne, wie einige andere Beispiele zeigen. Bereits 1946 führte man die ersten Gespräche über die aus Sicht der Aufklärung wichtigste Operation in der Nachkriegszeit, nämlich die Auswahl und Ausbildung von deutschen Perspektivagenten und deren Transfer aus dem polnischen Gebiet in die westlichen Zonen. Diese Perspektivagenten hatte man u. a. im Milieu der Kriegsgefangenen bzw. der in Polen verbliebenen deutschen Bewohner geworben. Die bereits erwähnte Auswahl und Ausbildung sollte nach Einschätzung der K-5 mindestens zwei Jahre dauern, die polnische Seite gewährte jedoch mit Absicht nur sechs Monate Zeit.¹⁹ Die SBZ-Operativgruppen durften nur mit den von den Polen ausgewählten Personen sprechen. Das waren jene, die aus Sicht des polnischen Dienstes als unsicher bzw. aus eigenem operativem Interesse als unerwünscht galten.²⁰ Fazit: Man schickte insgesamt nur 20 Personen. Selbst die Polen schickten inzwischen ca. 600 Personen nach Westdeutschland, und die Ostdeutschen, betrachtet man die westdeutschen Angaben als wahr, entsandten etwa 12 000.²¹ Hinzu

15 Vgl. Andrzej Paczkowski, *Wywiad polski w roku 1949. Sprawozdanie z działalności*, Warszawa 2009, S. 45.

16 Vorgänger des polnischen Innenministeriums.

17 Vgl. Notiz aus dem Gespräch mit den MfS-Vertretern vom 10.12.1959 (IPN BU 01062/43, Band 8, S. 114).

18 Vgl. Jerzy Kochanowski/Klaus Ziemer, *Polska-Niemcy Wschodnie 1945–1990. Wybór dokumentów*, Tom 1, Warszawa 2006, S. 273.

19 Vgl. Polnische Richtlinien über sog. Hilfe fürs MfS (IPN BU 01062/43, Band 5, S. 11).

20 Vgl. Direktor des Departements II an die Leiter der Außenstellen. Schreiben von August 1956 (IPN BU 01062/43, Band 5, S. 141).

21 Vgl. Eckard Michels, Guillaume, *der Spion. Eine deutsch-deutsche Karriere*, Berlin 2013, S. 55.

kamen immer wieder Probleme mit der Übergabe von NS-Originalakten, weil die polnische Seite nicht kooperieren wollte. Ein weiteres Problem waren die nicht genehmigten Anwerbungen der Bürger des Nachbarstaates. Das MfS wollte polnische Staatsbürger für sich gewinnen und arbeiten lassen, bekam aber von polnischer Seite keine Erlaubnis. Bereits 1954 beschäftigte man sich mit einem Fall dieser Art auf der polnischen Ministerebene, da sich die polnische Aufklärung entsprechend beschwert hatte.²² Für die „Zielperson“, nämlich den vom MfS ohne Genehmigung angeworbenen polnischen Bürger, endete seine inoffizielle Tätigkeit im polnischen Gefängnis. Es ist also nicht verwunderlich, dass die polnische Botschaft in der DDR die offiziellen Delegationen stets warnte, dass man auf die ostdeutschen Spitzel besonders aufpassen müsse. Bei den Vorbereitungen der ersten Aufenthalte von polnischen Zeitarbeitern in der DDR war die Verhinderung von Stasianwerbungen genauso wichtig wie etwa der Kampf gegen die Opposition oder Ordnungswidrigkeiten.²³ Last but not least wurden einige Zeitarbeiter besonders darauf hingewiesen, die Ehrlichkeit der ostdeutschen Partner zu prüfen oder Informationen über die in den VEBs installierten neuesten technischen Geräte zu sammeln.²⁴

Ein besonderer Ausdruck des gegenseitigen Misstrauens waren die rechtlichen Vereinbarungen. Bereits im ersten Abkommen von 1955, aber auch später in den Jahren 1958, 1965 sowie 1974, wiederholten sich drei Grundsatzregeln. Erstens waren sie kaum durchsetzbar. Man konnte nicht erwarten, dass etwa in Bezug auf Deutschland eine der Vertragsparteien freiwillig darauf verzichten würde, eigene Aufklärungsarbeit zu betreiben, nur weil im Vertrag stand, dass die Aufklärungsarbeiten nicht doppelt gemacht werden durften. Dass das faktisch nicht funktionierte, belegen nicht nur die eigenen Projekte, sondern auch die Bitten um Hilfe, vor allem der polnischen Seite, wenn es in den 1980er Jahren in der BRD zu einer Verhaftung gekommen war und/oder das MSW eigene Mitarbeiter retten musste.²⁵ Zweitens war die Vertragssprache alles andere als präzise und fern von juristischen Gepflogenheiten. Der Informationsaustausch sollte „periodisch“ stattfinden, aber niemand wollte definieren, was das genau bedeutete. Hilfsersuchen sollten nur „ausnahmsweise“, „nur im Rahmen der Möglichkeiten“, „eventuell“ oder „nur in begründeten Fällen“ realisiert werden.²⁶ Konsequentermaßen brachen beide Seiten außerdem das Verbot, die vom Partner gewonnenen Erkenntnisse an Drittstaaten weiterzuleiten. Und schließlich hielten sich beide Ministerien nie an die Verpflichtung, den Verbündeten um Erlaubnis zu bitten, wenn sie Bürger des Partners anwerben wollten. Ein inter-

22 Vgl. Andrzej Paczkowski, *Aparat bezpieczeństwa w Polsce w latach 1954–1956*, Band 5, Warszawa 2011, S. 226.

23 Vgl. Operativvorgang „Schüler“ (uczniowie) vom 2.10.1972 (IPN Rz 053/87, S. 8).

24 Vgl. Bericht des polnischen IM „Janek“ vom 14. 4. 1970 (IPN BU 0296/193, Band 2, S. 58).

25 Vgl. Józef Chomętowski an Willy Damm. Schreiben vom 14.9.1976 (BStU, MfS, Abt. X, Nr. 368, S. 98).

26 Siehe Vereinbarung von 1974 (IPN BU 1585/15279, S. 1–19).

ner Vermerk eines polnischen Spionageabwehroffiziers aus den 1980er Jahren besagte eindeutig, dass die DDR jene Werbungen „mit oder ohne uns sowieso durchführen wird“.²⁷ Das war der beste Beleg dafür, dass die rechtlichen Vereinbarungen im geheimdienstlichen Geschäft kaum relevant waren. Außerdem war in den internen Dokumenten des Innenministeriums keine Rede von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Sollte sie stattfinden, stand sie an letzter Stelle einer internen Arbeitsordnung.²⁸

Auch in den konkreten Vorgängen des MfS, z. B. bei der Bekämpfung der polnischen Opposition in Westberlin oder in den IM-Vorgängen, war die eventuelle Zusammenarbeit erst an letzter Stelle vorgesehen. Trotz mehrerer Initiativen der ostdeutschen Seite lehnte etwa der letzte volkspolnische Innenminister, General Czesław Kiszczak, mit Konsequenz den Vorschlag ab, in den 1980er Jahren eine neue Grundsatzvereinbarung abzuschließen.²⁹ Die Gründe dafür lagen aber nicht unbedingt im gegenseitigen Misstrauen. Es war selbstverständlich, dass das MfS und auch andere Geheimdienste im Jahr 1980 interne Informationen aus dem Kern oder dem Umfeld der polnischen Regierung gewinnen wollten. In diesem Sinne unterscheidet sich z. B. Mielkes Befehl, die mit der Lage in Polen verbundene Aufklärungsoperation „Besinnung“ durchzuführen,³⁰ kaum von den polnischen Richtlinien, die etwa die Streitkräfte 1968 vor ihrem Einmarsch in die Tschechoslowakei bekamen.³¹ Wichtiger war die Tatsache, dass die Quantität der gemeinsamen Kontakte keinesfalls eine neue Vereinbarung voraussetzte.

In den wichtigsten Bereichen, die mit der Aufklärung bzw. Abwehr zu tun hatten, definierten die bilateralen Unterlagen 10 bis 13 Vorgänge im zweijährigen Rhythmus. Pro Linie (also pro Gegner) bedeutete das zwei bis drei Operationen.³² Eine Operation hieß beispielsweise die Vorbereitung eines ostdeutschen/polnischen Anbieters für die Desinformation eines westlichen Dienstes, die Aufklärung einer sich mit Osteuropa beschäftigenden BND-Niederlassung in der Bundesrepublik oder die Ermittlung eines mutmaßlichen Verräters in der polnischen Botschaft in Köln. Vor 1974 waren es ca. fünf Vorgänge pro Jahr, was allerdings auf die hysterische Arbeit der politischen Polizei zur Hochzeit des stalinistischen Terrors zurückzuführen ist. Diese Zahlen zeigen aber ganz deutlich, dass die Zusammenarbeit faktisch nur 1–3 Prozent der eigenen Aktivitäten darstellte. Pro Jahr konnte die HA II mindestens 250 neue eigene Vorgänge eröff-

27 IPN BU 654/6, S. 16.

28 Vgl. OPK Pol (BStU, MfS, AOPK 1552/82, S. 10).

29 Vgl. Notiz aus dem Gespräch zwischen Erich Mielke und Czesław Kiszczak vom 18. 3. 1982 (BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5399, S. 66).

30 Bezirksverwaltung Dresden, Niederschrift über die Arbeitsberatung in der HA II AG 4 am 2./3. 11. 1982 zur weiteren Aufgabenstellung im Rahmen der Aktion „Besinnung“ (BStU, MfS, BV Dresden, Abt. II, Nr. 10954, S. 74).

31 Łukasz Kamiński/Grzegorz Majchrzak (Hg.), *Operacja „Podhale“*. Służba Bezpieczeństwa wobec wydarzeń w Czechosłowacji 1968–1970, Warszawa 2008, S. 656.

32 Siehe Verzeichnisse der gemeinsamen Operationen: IPN BU 0655/7 oder IPN BU 0655/8.

nen.³³ 20 Vorgänge pro Jahr führten außerdem die ausländischen Vertretungen der polnischen Aufklärung in Westeuropa.

In der Tat stehen die bereits erwähnten Angaben im Widerspruch zu den in der Literatur zitierten Behauptungen, dass etwa im Jahr 1988 das MfS 40 Prozent aller Bitten um internationalistische Hilfe ans MSW schickte.³⁴ Täuschen kann auch die faktische Angabe, dass die Zahl der rein politischen Informationen im Austausch zwischen der HVA und dem I. Department des MSW jährlich sogar über 200 lag.³⁵ Deswegen sollte an dieser Stelle über drei weitere Bestandteile der Beziehungen gesprochen werden: Statistik, Subsidiarität und Heuchelei.

Die bereits erwähnte Zahl von über 200 Berichten stimmt, ist aber nur eine statistische Angabe. Mindestens 80 Prozent der gelieferten Berichte hatten nichts bzw. wenig mit den Hauptinteressen beider Staaten zu tun, waren mit der Verfolgung der eigenen Bürger, der Grenzsicherung oder der Ortung von Funkamateuren verbunden. Die wirklich wertvollen Informationen, vor allem im marktwirtschaftlichen Sinne, etwa über neue Rüstungstechnologien, wurden höchst selten ausgetauscht, im Gegensatz zu vergleichsweise belanglosen Vorgängen, wie etwa, dass ein polnischer Bürger am ostdeutschen Grenzübergang eine amerikanische Fahne im Auto hatte. Dem MfS wurden aus Polen in den 1980er Jahren lediglich fünf wirklich wertvolle³⁶ Informationen pro Monat geschickt, den anderen befreundeten Diensten etwa zehn pro Woche. Der Grund war ganz einfach. Je weniger wertvolle Berichte man bekam, desto weniger wurde im Gegenzug übergeben. Man bat außerdem den Partner nur dann um Hilfe, wenn die gewünschten Angaben nicht selbst gewonnen werden konnten. Sowohl in der VRP als auch in der DDR überlegte man zuerst, was dem „befreundeten Dienst“ überhaupt gesagt werden durfte. Verschwiegen wurden die eigene Agentur und die Platzierung von hauptamtlichen Mitarbeitern, sowohl im Ausland als auch im Inland. Das MfS wartete im Extremfall zwei Jahre auf die Bestätigung, dass eine von ihm festgestellte Aktivität in Westberlin im Auftrag des MSW lief, nämlich Kontakte zwischen polnischen, als Diplomaten getarnten Agenten und westdeutschen Diplomaten.³⁷ Praktisch sprach man nie über die eigenen Möglichkeiten, Quellen innerhalb der terroristischen Gruppierungen zu platzieren, es sei denn, man wollte im Gegenzug etwas vom MfS bekommen. Wenn etwa die polnische Seite für die Durchsetzung des Kriegsrechts logistische Unterstützung von Seiten der DDR brauchte, war es kein Problem, die Staatssicherheit blitzschnell über geheime Vorgänge zu unter-

33 Reinhard Grimmer (Hg.), *Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS*, Berlin 2003, Band 1, S. 435.

34 Siegfried Suckut (Hg.), *Anatomie der Staatssicherheit. Die Hauptabteilung II. Spionageabwehr*, Berlin 1998, S. 67.

35 Zit. nach den Verzeichnissen des MfS (BStU, MfS, AS 318/83).

36 Vgl. Wochenberichte der Abteilung 4 der polnischen Auslandsaufklärung (IPN BU 02447/89/CD 1, S. 17).

37 Vgl. BStU, MfS, HA II, Nr. 38743, S. 7.

richten. Es ging dabei etwa um die an das polnische Innenministerium gerichtete Bitte einer westdeutschen Behörde, die sich in Polen aufhaltenden RAF-Mitglieder operativ zu bearbeiten.³⁸ Sie wurde abgelehnt, und man leitete die entsprechende Information sofort an das MfS weiter. Auch die sonst übliche sechsmonatige Bearbeitungszeit der ostdeutschen Anfragen konnte sich plötzlich erstaunlich verkürzen – auf nur einige Stunden!

Wenn aus politischen Gründen polnischerseits dem MfS gemeinsame Operationen angeboten wurden, bedeutete dies nicht, dass man plötzlich einander vertraute. Es ging dabei nicht nur um die Errichtung der Operativgruppe Warschau (OGW). Sie sollte sich offiziell mit den DDR-Bürgern in Polen beschäftigen und die NATO-Geheimdienste bekämpfen. Ein Instrument dabei sollten vor allem die sog. Anbieter sein, also diejenigen Agenten, die sich als DDR-/VRP-Bürger bei den westlichen Botschaften gemeldet hatten, um gegen Geld geheime Informationen zu verkaufen. Nun war aber das Hauptziel der OGW, gegen Polen zu arbeiten. Konkrete Vorgänge mit dem polnischen Innenministerium, etwa die gemeinsame Bespitzelung einer westlichen Botschaft in Warschau in den 1980er Jahren, waren nicht nur sehr selten. Sie belegen außerdem die Tatsache, dass es dabei nur um die eigenen Interessen ging. Bereits die internen Vorschriften der für jene Operation zuständigen HA III untersagten, der polnischen Seite die eigenen neuesten Geräte während der Operation zur Verfügung zu stellen.³⁹ Das Ziel des MfS war es, die Satellitenverbindungen der betreffenden Botschaft zu decodieren sowie Erfahrungen für den weiteren „elektronischen Kampf“ in der DDR zu sammeln. Die polnische Seite hingegen nutzte die Operation, um eigene separate Vorgänge gegen diese Botschaft zu tarnen. Schlussendlich leitete das MfS die gewonnenen Erkenntnisse an den KGB weiter,⁴⁰ ohne die Polen zu informieren. Die Polen wiederum machten dem KGB ebenfalls Meldung, ohne das MfS zu informieren. Nicht zuletzt hatte der Name der Operation, nämlich „Wolke“, eine ganz interessante Herkunft. Genauso hieß der Vorgang der HA III, dessen Ziel es war, den Funkverkehr der polnischen Regierung 1980 und auch später abzufangen.⁴¹

Der Vorgang „Wolke“ wirft verständlicherweise Fragen über die Aktivitäten gegeneinander auf und führt schließlich zum letzten wichtigen Aspekt des bilateralen Verhältnisses, nämlich der feindlichen IM-Arbeit. Diese wurde in beiden Ministerien durch eine gänzlich verschiedene Arbeitsphilosophie geprägt. Das MfS – der Grundsatzfrage: „Wer ist wer?“ folgend – versuchte, möglichst viel über die VRP zu erfahren. Deswegen wurden alle IM, die überhaupt etwas mit

38 Vgl. ebd., HA XXII, Nr. 284/1, S. 13.

39 Vgl. ebd., HA III, Nr. 10826, S. 125.

40 Vgl. ebd., HA III, Nr. 80, S. 65.

41 Vgl. Tytus Jaskułowski, *Praca jest czasochłonna, monotonna i nie przynosi konkretnych rezultatów – Nasłuch wywiadowczy Stasi w PRL w latach 1980–1981 na tle współpracy MSW i MfS*. In: *Rocznik Polsko-Niemiecki*, 19 (2011), S. 110–127, hier 110.

Polen zu tun hatten, insbesondere ab August 1980 extra erfasst und beauftragt, entsprechende Informationen zu sammeln.⁴² Dies führte zu einem gewaltigen Informationsstrom, der nie objektiv analysiert werden konnte. 50 IM, die regelmäßig nach Polen reisten, 30 weitere, die sich ständig in Polen aufhielten und 20 Doppelagenten, d. h. polnische Anbieter bzw. bestplatzierte IM, die z. B. im Umfeld der *Solidarność* agierten,⁴³ lieferten zwar analytisch gesehen sehr interessante Informationen. Die SED-/MfS-Verantwortlichen wollten jedoch die dadurch entstandenen politischen Schlussfolgerungen, etwa die über die Notwendigkeit, das Land zu demokratisieren, nicht wahrhaben.

Auch die rein geheimdienstlichen Warnhinweise hätten die Leitung des MfS zumindest beunruhigen sollen, etwa die, dass aus Sicht der HA I mindestens 25 Prozent der polnischen Gesprächspartner für die polnischen Dienste tätig waren.⁴⁴ Der ständige Druck, Informanten zu gewinnen, hatte dazu geführt, dass man in der Operativgruppe mit geschickten und verwirrenden Namenskombinationen ein System geschaffen hatte, das die Zahl der Informanten künstlich erhöhte. Faktisch waren alle übergebenen Informationen offiziell erhältlich und, was auch wichtig war, dem KGB sowieso bekannt. Das MSW nutzte die OGW, um durch die sehr großzügige und auch im MSW umstrittene Zurverfügungstellung bzw. Weiterleitung von Informationen ein eigenes Bild zu vermitteln.⁴⁵ Dabei waren etwa die Tagesinformationen des MSW und die dazugehörenden Anhänge in polnischen Journalistenkreisen relativ einfach offiziell zu erhalten. Außerdem fragten die polnischen Abwehroffiziere ab 1985 die OGW-Mitarbeiter offen, ob sie wirklich dachten, dass die in Danzig tätigen DDR-Hochschullehrer, die der *Solidarność* nahe standen, dem Sicherheitsdienst tatsächlich nicht auffielen.⁴⁶ Ebenso naiv war die Behauptung, die Prostituierten hätten in Polen keinen Sicherheitsbetreuer, der Werbungsversuche von DDR-Diplomaten nicht sofort der Zentrale in Warschau meldete. Einige sehr bekannte OGW-Leute mussten sich wegen solcher Naivität offiziell beim MSW entschuldigen.⁴⁷

Die polnische Aufklärung hingegen wollte nicht alles über die DDR wissen. Die Berichte über die DDR waren kompakt, maximal zwei Seiten lang und so gut wie präzise geschrieben.⁴⁸ Insgesamt ca. 50 polnische IM lieferten ab 1980

42 Vgl. BStU, MfS, HA XIX, Nr. 1042, S. 58.

43 Vgl. Anna Zechenter, *Zwyczajne życie szpiega*. In: Filip Musiał/Jarosław Szarek (Hg.), *Czerwone szwadrony postępu*, Kraków 2008, S. 89; Krzysztof Jagiełło, *Der polnische „Bruder“ im Visier der Stasi*, In: Konstantin Hermann (Hg.), *Die DDR und die Solidarność. Ausgewählte Aspekte einer Beziehung*, Dresden 2013, S. 93–118, hier 101.

44 Vgl. Militärattaché Warschau. Sicherheitsanalyse des AA Warschau zur Erfüllung der militärischen Hauptaufgabe [25.9.1984] (BStU, MfS HA I, Nr. 17341, S. 125).

45 Vgl. Borodziej/Kochanowski/Schäfer, *Grenzen der Freundschaft*, S. 24. Siehe auch Eisler, *Siedmiu wspomniałych*, S. 510.

46 Vgl. BStU, MfS, AIM, Nr. 12837/91 Z, Teil II/6, S. 6.

47 Vgl. IPN BU 01228/3005, S. 56.

48 Vgl. ebd., BU 0449/22, Band 22, S. 152.

nicht nur detaillierte Informationen über Anwerbungsversuche von polnischen Bürgern seitens der DDR. Ihre Aufgabe war außerdem und vor allem, die DDR-Bevölkerung, insbesondere die Opposition oder die kirchlichen Gruppen, zu verstehen und nicht wie ein MfS-IM eine Karriere in der Solidarność zu machen – und zwar in der naiven Hoffnung, dass das MSW dies nicht bemerken würde. Für die polnische Seite war vor allem die Bevölkerung wichtig, dann der Zustand der DDR-Wirtschaft und die schon vor Gorbatschows Zeit immer öfter festgestellte Überzeugung, die Mehrheit der Menschen unterstütze eine deutsche Wiedervereinigung.⁴⁹ Ganz offen schilderte man auch die katastrophalen politischen Beziehungen zwischen der DDR und der VRP, die sich durch die Machtübernahme Gorbatschows noch verschlechterten. Außerdem infiltrierte man die Grenze. War die DDR-Grenzkontrolle eines polnischen Bürgers nicht so demütigend wie üblich, stand der Kontrollierte unter Verdacht, für das MfS zu arbeiten.⁵⁰ So enttarnte man die meisten Doppelagenten. Die technischen und operativen Informationen waren aber nicht so wichtig wie die strategische Bewertung des Nachbarn, etwa die spürbare Verschlechterung der Beziehungen zwischen der DDR und der Sowjetunion. Interessanterweise kann man in den Analysen des MfS zwei Elemente nicht finden, die die polnische Geschichte der 1980er Jahre enorm beeinflusst haben. Es ging dabei um die Akzeptanz der sowjetischen Reformen in Polen und die Existenz der vom polnischen Innenministerium mit Informationen versorgten Gruppen, die die Idee des Runden Tisches für Jaruzelski und Kiszczak konzipierten.

Es kann nicht wundern, dass die Vertreter der polnischen Auslandsaufklärung ihre ostdeutschen Pendants offen danach gefragt haben, ob denn das MfS den eigenen Vorgesetzten die Wahrheit über die tatsächliche Lage, nicht nur die in der DDR, nicht sage. Auf jene Frage, die in den 1980er Jahren von einem polnischen Residenten in Westeuropa an seinen HVA-Kollegen gerichtet wurde, erwidert man, die Stasiministerebene werde z. B. die Hinweise über die Notwendigkeit, mit der Opposition zu verhandeln, was die polnischen Aufklärungschefs in den Gesprächen mit ihren Pendants oft darlegten, nie akzeptieren.⁵¹ Deswegen saß Mielke bereits im Dezember 1989 in Untersuchungshaft, und der Innenminister der ersten nichtkommunistischen Regierung Polens, der bereits erwähnte General Kiszczak, schickte 1990 seinem neuen Pendant in der DDR, Peter Michael Diestel, ein Glückwunschtelegramm.⁵² Das war nun ein symbolisches Ende der Zusammenarbeit, in der das MfS vergessen hatte, dass die Hauptaufgabe eines Geheimdienstes doch darin besteht zu überleben und nicht darin, mit irgendjemandem zusammenzuarbeiten.⁵³ So ignorierte das polnische

49 Vgl. Meldung des polnischen IM, Deckname „Kar“, verfasst durch seinen Führungsoffizier, Deckname „Ester“, vom 29. 4. 1987 (ebd., BU 0449/22/7/CD 1, S. 204).

50 Vgl. ebd., BU Po 0031/45, Band 1, S. 77.

51 Vgl. Mitteilung Nr. 3382 (ebd., BU 0449/22, Band 20, S. 96).

52 Ebd., BU 1585/15360, S. 74.

53 Vgl. Mark Mazzetti, *Killing Business*, Berlin 2013, S. 41.

Innenministerium etwa 1989 in der Frage der DDR-Flüchtlinge aus taktischen Gründen alle Verträge mit dem MfS. Tatsache ist aber auch, dass es 1993 rechtskräftige Verurteilungen von Polen wegen Spionage zugunsten der wiedervereinigten Bundesrepublik gab, also zwei Jahre nach dem Abschluss des Nachbarschaftsvertrages.⁵⁴ Die deutsch-polnische Nachbarschaft hatte also auch nach der Wiedervereinigung viele Gesichter.

54 Vgl. Krzysztof Kaszyński/Jacek Podgórski, *Szpiedzy, czyli tajemnice polskiego wywiadu*, Warszawa 1994, S. 134; Grzegorz Chlasta, *Czterech*, Warszawa 2014, S. 205.